

„Hundert Anfragen und nicht eine Antwort“

Podiumsdiskussion über Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt – Diskriminierung ist schwer zu beweisen

Von Manon Lorenz

Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Heidelberg gleicht der sprichwörtlichen Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Die passende Wohnung dann auch noch zu bekommen, gleicht gefühlt einem kleinen Wunder. Doch wer genau bekommt eigentlich in Heidelberg eine Wohnung und wer geht immer wieder leer aus? Inwiefern spielen Hautfarbe, sexuelle Orientierung, eine Behinderung oder der soziale Status eine Rolle? Und wie kann man sich wehren, wenn man aufgrund einer dieser Faktoren diskriminiert wird?

Um diese Fragen drehte sich die Podiumsdiskussion „Heidelberger Wohnungsmarkt“ im Interkulturellen Zentrum (IZ). Gemeinsam mit dem Heidelberger Antidiskriminierungsnetzwerk sowie dem Amt für Chancengleichheit und der Heidelberger Partnerschaft für Demokratie hatte das IZ im Rahmen der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ zu der Veranstaltung eingeladen. „Diskriminierung bei der Wohnungssuche lässt sich schwer beweisen“, brachte Leyla Jagiella vom Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg die Problematik auf den Punkt. Sie sei überzeugt, bereits selbst zwei Mal aufgrund ihrer Transidentität eine Wohnung nicht bekommen zu haben. Solchen Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt



Zum Thema wohnen diskutierten im IZ (v.l.) Hannah Hebbelmann, Isabelle Braun, Moderatorin Ruhan Karakul, Christoph Nestor, Christiane Droste und Remzi Uyguner. Foto: Rothe

widerspricht eigentlich das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das aber drastisch verschärft werden müsste, um einen effektiven rechtlichen Diskriminierungsschutz zu leisten, ist sich Christiane Droste sicher.

Mit ihrem Kollegen Remzi Uyguner war sie extra aus Berlin angereist, um über die gemeinsame Arbeit bei der „Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“ zu berichten. Die Schwachstelle des AGG in der Praxis sei,

dass sich Betroffene durch das Gesetz zwar zur Wehr setzen können, aber selbst bei nachgewiesener Diskriminierung die betreffende Wohnung nicht bekommen. Zu den am häufigsten diskriminierten Gruppen, so Uyguner, zählen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Erfahrung hat auch Hannah Hebbelmann gemacht. Durch ihre Betreuung von Geflüchteten auf Wohnungssuche beim Diakonischen Werk Heidelberg weiß sie, dass ein nicht deutsch klingender Name

ausreicht, „um auf hundert E-Mail-Anfragen nicht eine Antwort zu bekommen“. Diese Reaktion sei für die Betroffenen sehr frustrierend und wirke sich auch negativ auf andere Integrationsmaßnahmen aus. Die Palette an Ablehnungsgründen reiche, so Hebbelmann, von explizitem Rassismus („So was will ich nicht im Haus haben“) bis zur Angst vieler Vermieter, die Miete nicht zu erhalten.

Inzwischen würden aber nicht nur Minderheiten auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert, sondern auch große Teile der Mehrheitsgesellschaft, die lediglich nicht dem oberen Drittel der Einkommenspyramide angehörten, gab Christoph Nestor vom Mieterverein Heidelberg zu bedenken. „Der regionale Wohnungsmarkt ist im Eimer“, lautet sein Urteil, weshalb er sich für einen Paradigmenwechsel, weg vom renditeorientierten, hin zum gemeinwohlorientierten Bauen starkmacht.

„Wohnraum darf keine Ware sein“, findet auch Isabelle Braun, die die Gründung des Wohnraumbündnisses Heidelberg initiierte, um durch Proteste und künstlerische Aktionen Druck auf die Politik auszuüben. Mit der Organisation von Nachbarschaftscafés in den Stadtteilen will das Bündnis außerdem dazu beitragen, das Thema in der Stadtgesellschaft sichtbar zu machen, und Betroffenen die Möglichkeit geben, sich zu vernetzen.